

HOCHSCHULSPIEGEL

Beleg 11
1966
Preis 10 Pfennig

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT



Den USA-Mordbrennern ein entschlossenes Halt!

Großes Studentenmeeting mit Volkskammerabgeordneten Prof. Dr. Schirmer

Über zweieinhalbtausend Studenten unserer Hochschule, der Fachschulen und weiterer Bildungsrichtungen von Karl-Marx-Stadt versammelten sich am 4. Juli auf dem Bauhausplatz zu einer massiven Kundgebung. „Wie soll es in Deutschland weitergehen?“, dazu sprach der Volkskammerabgeordnete und Stellvertreter des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. Schirmer. Unter den Teilnehmern des Meetings befanden sich auch der Rektor der TH, das Mitglied des ZK der SED, Genosse Prof. Dr. Jäckel, sowie Vertreter der Bezirks- und Stadtleitung der SED.

In seinen Ausführungen verteilte Prof. Schirmer auf das schärfste den in Westdeutschland wiedererstehenden reaktionär-militaristischen Ungeist. „Bonn ist heute zum Hauptquartier in Europa geworden. Es will die Europäische Union zu seinen Gunsten ändern. Aber es glaubt doch wohl niemand im Ernst, daß unsere polnischen Freunde ein Drittel ihres Landes an die westdeutschen Bevornhimmten abgeben, und es glaubt weiterhin auch niemand, daß unsere Studenten an den Hoch- und Fachschulen ihre Studienplätze räumen, damit das Bildungswild wieder einziehen kann.“

Zu dem auf der internationalen Pressekonferenz von Prof. Albert Norden veröffentlichten „Grünen Plan“ der westdeutschen Monopole und des Bonner Hochschulnarrungen erklärte der Redner, daß diesen reaktionären, antinationalen Konzeptionen der westdeutschen Imperialisten die Verantwortung für die Sicherung des Friedens in und für Deutschland und die Annäherung beider deutscher Staaten geschuldeten. Verdrängte der DDR gegenüberstehen, wie sie den demokratischen Kräften in Westdeutschland mit den 6 Punkten im Offenen Wort des ZK der SED erneut unterbreitet worden sind.

Prof. Dr. Schirmer wies dann auf die große Gefahr hin, die der barbarische Krieg der USA in Vietnam für den Weltfrieden heraufbeschworen hat. „Dieser Krieg“, so viel er aus „ist gemeiner Mord. Unsere ganze Solidarität gilt dem vietnamesischen Volk, unsere Verachtung und unser Haß aber den USA-Aggressoren und dem Bonner Staat, der die Verbrechen unterstützt.“

In einer abschließend angenommenen Willenserklärung forderten die Teilnehmer des Meetings von den USA die sofortige Beendigung der verbrochener Aggression in Vietnam.

Die Solidaritätsaktionen für Vietnam verstärkt weiterführen!

Die von den USA trotz des weltweiten Protestes fortgeführte Ausweitung des Krieges in Vietnam, insbesondere die brutale Bombardierung dichtbesiedelter Gebiete und offener Städte der Demokratischen Republik Vietnam, haben bei allen Hochschulangehörigen große Empörung hervorgerufen. In zahlreichen Erklärungen von Gewerkschafts- und Studentengruppen werden die verbrochene amerikanische Aggression scharf kritisiert und die sofortige Einstellung des Krieges in Vietnam gefordert.

Als Ausdruck ihrer Solidarität und festen Verbundenheit mit dem kämpfenden Volk Vietnams haben viele Hochschulangehörige ihre ständige Solidaritätsbeiträge für Vietnam verpflichtet, die sie bis auf weiteres regelmäßig zahlen wollen.

In vielen Gewerkschaftsgruppen wurden in den letzten Tagen erneut größere Geldbeiträge zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes gesammelt. So spendeten die Mitarbeiter des Instituts für Pädagogik 375 MDN und die Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Fremdsprachen 200 MDN. Im Institut für Langenmetalltechnik ergab die Sammlung einen Beitrag von 288 MDN.

Auch die Mitglieder des Akademischen Senats haben erneut einen namhaften Geldbetrag gespendet, der sich auf 773 MDN beläuft. Damit erhöhte sich die von Senat in den letzten Monaten für Vietnam gespendete Summe auf weit über 2000 MDN.

Dem Aufruf zur Hilfsaktion sind weitere Mitarbeiter der Hochschule gefolgt. Im Institut für Langenmetalltechnik haben sich bereit erklärt: Volkskammerabgeordneter Prof. Dr. Trumpold, Dipl.-Ing. Eberhard Held, Dipl.-Ing. Nora Schubert, Ingenieur Augst und Kollege Paul Sange.

Unsere Verantwortung für den Frieden

Erklärung des Akademischen Senats

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Akademische Senat unserer Hochschule ausführlich mit den nationalen Grundfragen und nahm zu dem schmutzigen USA-Krieg in Vietnam Stellung. Eine einstimmig angenommene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Der Akademische Senat der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt billigt in vollem Umfang die Politik der SED im nationalen Dialog.

In wahrhaft nationaler Verantwortung ergreift die SED die Initiative zum Gespräch mit allen Mitgliedern und Freunden der EPD.

Die Grundliegen des begonnenen Dialogs sind die Aussprache und Verständigung über die in Deutschland zu lösenden Hauptfragen. Das bedeutet, daß in erster Linie über die Voraussetzungen für die Erhaltung des Friedens in und für Deutschland gesprochen werden muß. Zu dieser alle friedliebenden Deutschen bewegenden Frage ist ein gemeinsamer Standpunkt notwendig.

Leider müssen wir feststellen, daß maßgebliche Führer der SPD sich nicht mit dieser Absicht am Dialog beteiligen. Vielmehr billigen und unterstützen sie aktiv die Pläne des westdeutschen Imperialismus zur Unterdrückung der DDR und ihrer aggressiven Unterwerfung in den westdeutschen Staat. So hintertrieb die SPD-Führung mit ihrer Zustimmung zur Ausdehnung der Bonner Geschichtsbücherei auf die Bürger der DDR und dem belästigenden Ansetzt auf sogenanntes Bonner Geld bewußt den vorgeschlagenen Redneraustausch.

Wir begrüßen die offenen Darlegungen Prof. Albert Nordens, der auf der Pressen-

ferenz am 29. Juni 1966 die ungeheuerlichen Aggressionsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus gegen unsere Republik in unmissbarer Weise enthüllt. Prof. Norden erklärte unmissverständlich: Alle Versuche, im Verlaufe des Dialogs mit einer nationalistischen Kampagne in die DDR einzuströmen, sind zum Scheitern verurteilt.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns energisch gegen die weitere Zuspitzung des schmutzigen Krieges, den die USA-Aggressoren in Vietnam führen. Wir verurteilen voller Abscheu die barbarischen Luftüberfälle auf Hanoi, Haiphong und andere Städte. Wir fordern die sofortige Einstellung der Luftangriffe auf die DRV und verlangen den Abzug der amerikanischen Interventionen und ihrer Vasallen aus Süd-Vietnam.

Voller Empörung wenden wir uns gegen die moralische und materielle Unterstützung des verbrochener amerikanischen Krieges durch die herrschenden Kreise der Bundesrepublik.

Wir verurteilen das heldenhafte kämpfende vietnamesische Volk unsere Solidarität und unterstützen seinen Freiheitskampf mit allem uns zu Gebote stehenden Mitteln.

Die friedensgefährdende Haltung der Bonner Machthaber und des belästigenden, verbrochener Propaganda der EPD-Führung sind

dieser Politik machen es notwendig, den Dialog auf breiterer Basis fortzusetzen.

Mit Genugtuung haben wir deshalb das Offene Wort des ZK der SED an die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Bürger der Bundesrepublik zur Kenntnis genommen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß es früher oder später auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu politischen Verhandlungen über die Grundfragen der Nation kommen muß.

Mit freudigem Interesse verfolgen wir, daß in wachsendem Maße auch westdeutsche Wissenschaftler und Hochschuldozenten entschieden für Entspannung und Verständigung in Deutschland eintreten.

Die Gewißheit, durch unser Schaffen die Deutsche Demokratische Republik zu festigen, stärkt uns in dem Bemühen um gute Lehr- und Forschungsergebnisse. Wir betraditen die Erziehung der Studenten zu bewußten sozialistischen Persönlichkeiten, die jederzeit bereit sind, für ihren Staat einzutreten, als die wichtigste Aufgabe des Lehrkörpers der TH. In diesem Sinne werden wir in den Fachrichtungen und Instituten in allen Bereichen der Hochschule die Aussprache über das von der Partei der Arbeitklasse gewiesenen Weg zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland weiterführen.

Prof. Dr. nat. habil. Jäckel, Rektor; Prof. Dr.-Ing. habil. Trumpold, Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs; Prof. Dr. oec. habil. Marini, Prorektor für Studienangelegenheiten; Prof. Dr. rer. nat. habil. Weißmändel, Prorektor für Forschung; Prof. Dr. paed. habil. Böhler, (3) Prorektor für Lehrerbildung; Prof. Dr.-Ing. habil. Vecke, Dekan der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften; Prof. Dr.-Ing. habil. Hagelhorn, Dekan der Fakultät für Maschinenbau; Prof. A. Schäfer, Dekan der Fakultät für Technologie; Prof. Dr.-Ing. habil. Wessch, Dekan der Fakultät für Elektrotechnik; Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler Nawroth, 1. Sekretär der Hochschulparteileitung; Dr. paed. Flecker, 1. Vorsitzender der Hochschulgewerkschaftsleitung; Prof. Dr.-Ing. habil. Händler, Vorsitzender der Plankommission; Dipl. hist. Scheffel, Direktor der Hochschulbibliothek; Oberleutnant Wiegand, Leiter der Militärischen Abteilung.



Ihr Bekenntnis zu unserem sozialistischen Staat

Aus einer Arbeiterfamilie stammt wäre es mir wohl unter kapitalistischen Verhältnissen niemals möglich gewesen, den Weg zu beschreiten, den ich in unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung gehen kann. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt des Meinungsaustausches mit der westdeutschen Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften Westdeutschlands ist es besonders wichtig, Zusammenhänge zu erkennen, Entscheidungen zu fassen, sich einen Klassenstandpunkt zu erarbeiten, der für mich ein Bekenntnis zu unserem Staat, zur Partei der Arbeiterklasse ist. Ich möchte aktiv am gesellschaftlich-politischen Leben teilnehmen; mithelfen, die Ziele des Sozialismus zu verwirklichen und habe deshalb um Aufnahme als Kandidat in die SED gebeten.

Christel Werner, Seminar-Gruppe 41/III

Bonner Rechtsanmaßung am Pranger

„Als Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik sind wir nicht gewillt, uns der Gewalttätigkeiten der Bundesrepublik zu unterwerfen.“ Das erklärten die Studenten der Seminargruppe 41 — 18/11.12 unmissverständlich und mit Stolz auf ihren sozialistischen Staat, als sie von der unverschämten Rechtsanmaßung Bonns hörten, die Anwendung der Gesetze der Bundesrepublik auf die Bürger der DDR und anderer sozialistischer Staaten auszudehnen. Sie sind der Meinung, daß der Beschluß des westdeutschen Bundestages, durch den der Alleinvertragsanspruch Bonns offiziell bestätigt wurde, eine ungeheuerliche Verletzung des Völkerrechts darstellt.

Wie diese Studenten denken alle Angehörigen unserer Hochschule. Sie empfinden diese deutschen offen reaktionäre Maßnahme der Bonner Machthaber als eine Provokation gegen den Frieden in Europa, und erheben dagegen entschiedenen Protest.

In Erklärungen vieler Gewerkschaftsgruppen wird zugleich einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die zielstrebig und kontrolliert an die Lösung der nationalen Grundfragen in Deutschland gerichtete Politik der SED ihre volle Unterstützung hat. Sie sind daher auch der Auffassung, daß der nationale Dialog jetzt besonders verstärkt fortgeführt werden muß.

„Unsere Forderung lautet: Weg mit der Atomrüstung, weg mit den Notstandsgesetzen — Achtung vor der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.“ Das ist die Meinung der Gewerkschaftsgruppe Internate, die sich damit weit und ganz hinter die Vorzüge stellt, die die Zentralkomitee der SED in seinem Offenen Wort allen demokratischen Kräften in Westdeutschland macht, und die solange auf der Tagesordnung des deutschen Gesprächs stehen werden, bis ihre Verwirklichung durch die Kräfte des Friedens und der Demokratie in der Bundesrepublik möglich wird.